



Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Dabergotz vom 30.06.2022

Bekanntmachungsanordnung

Die vom Kreistag Ostprignitz-Ruppin in seiner Sitzung am 30.06.2022 beschlossene Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Dabergotz wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Neuruppin, den 30.06.2022

Ralf Reinhardt
Landrat

Auf Grund des § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Satz 2 und 3 und Absatz 2 und des § 52 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1408) geändert worden ist, in Verbindung mit § 15 Absatz 1 Satz 1 und 2 und Absatz 3 des Brandenburgischen Wassergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 2. März 2012 (GVBl. I Nr. 20), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04. Dezember 2017 (GVBl. I Nr. 28) neu gefasst worden ist, verordnet der Landkreis Ostprignitz-Ruppin:

§ 1

Allgemeines

- (1) Zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wasserfassungen des Wasserwerkes Dabergotz das in § 2 näher umschriebene Wasserschutzgebiet festgesetzt. Begünstigter ist der Zweckverband Wasser/Abwasser Fehrbellin-Temnitz.
- (2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in den Fassungsbereich (Zone I), in die engere Schutzzone (Zone II) und in die weitere Schutzzone (Zone III).

§ 2

Räumlicher Geltungsbereich

- (1) Lage und Größe des Wasserschutzgebietes und der Schutzzonen ergeben sich aus der Übersichtskarte in der Anlage 3 und den in Absatz 2 genannten Karten.
- (2) Die Schutzzonen sind in der topografischen Karte im Maßstab 1: 10 000 in der Anlage 4 und außerdem in der Liegenschaftskarte im Maßstab 1: 2 500 in der Anlage 5 dargestellt. Für die Abgrenzung der Schutzzonen ist die Darstellung in der Liegenschaftskarte maßgebend.
- (3) Die in Absatz 2 genannten Karten sind bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Ostprignitz-Ruppin und beim Zweckverband Wasser/Abwasser Fehrbellin-Temnitz hinterlegt und können dort während der Dienststunden von jedermann kostenlos eingesehen werden. Diese Karten sind mit dem Dienstsiegel des Landkreises Ostprignitz-Ruppin, Siegelnummer 1, versehen. Eine weitere Ausfertigung der Karten befindet sich im Kreisarchiv.
- (4) Veränderungen der Topografie sowie von Flurstücksgrenzen oder -bezeichnungen berühren den räumlichen Geltungsbereich der Schutzzonen nicht.

§ 3

Schutz der Zone III

In der Zone III sind verboten:

1. das Düngen mit Gülle, Jauche, Geflügelkot, Festmist, Silagesickersaft, Gärresten, Wirtschaftsdüngern aus pflanzlichen Stoffen, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten, Pflanzenhilfsmitteln, gütegesicherten Grünabfall- und Bioabfallkomposten, Abfällen aus der Herstellung oder Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder sonstigen Düngemitteln mit im Sinne des § 2 Nummer 11 der Düngeverordnung wesentlichen Nährstoffgehalten an Stickstoff oder Phosphat,
 - a) wenn die Düngung nicht im Sinne des § 3 Absatz 1 und 2 sowie § 11 der Düngeverordnung in betriebsspezifisch analysierten zeit- und bedarfsgerechten Gaben oder nicht durch Geräte, die den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen, erfolgt,
 - b) wenn die Nährstoffzufuhr auf landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Nutzflächen schlagbezogen mehr als 120 Kilogramm Gesamtstickstoff je Hektar pro Düngejahr aus organischen Düngern ohne Stall- und Lagerungsverluste beträgt,
 - c) wenn keine schlagbezogenen Aufzeichnungen über die Zu- und Abfuhr von Stickstoff und Phosphat erstellt und mindestens sieben Jahre lang nach Ablauf des Düngejahres aufbewahrt werden,



- d) auf abgeerntetem Ackerland, wenn nicht entsprechend der Anforderungen des § 6 Absatz 9 der Düngeverordnung unmittelbar Folgekulturen einschließlich Zwischenfrüchte angebaut werden,
 - e) auf landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzten Flächen ab dem Zeitpunkt, ab dem die Ernte der letzten Hauptfrucht abgeschlossen ist bis 15. Februar,
 - f) auf landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen bei Verwendung von Gülle, Jauche, sonstigen flüssigen organischen oder organisch-mineralischen Düngemitteln, einschließlich Gärresten vom 15. September bis 1. März,
 - g) auf Brachland oder stillgelegten Flächen,
 - h) auf wassergesättigten, oberflächlich oder in der Tiefe gefrorenen oder schneebedeckten Böden oder
 - i) auf ackerbaulich oder erwerbsgärtnerisch genutzten Flächen mit einem zu erwartenden Flurabstand des Grundwassers von 50 Zentimetern oder weniger,
2. das Lagern oder Ausbringen von Fäkalschlamm oder Klärschlämmen aller Art einschließlich in Biogasanlagen behandelter Klärschlämme, Abfällen aus der Herstellung und Verarbeitung nichtlandwirtschaftlicher Erzeugnisse und von nicht gütegesicherten Grünabfall- und Bioabfallkomposten, ausgenommen die Kompostierung von aus dem eigenen Haushalt oder Garten stammenden Pflanzenabfällen und Ausbringung im Garten,
 3. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von Düngelagerstätten, ausgenommen befestigte Düngelagerstätten mit Sickerwasserfassung und dichtem Jauchebehälter, der über ein Leckageerkennungssystem verfügt,
 4. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von Erdbecken zur Lagerung von Gülle, Jauche, Silagesickersäften oder von Gärresten,
 5. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von Anlagen zum Lagern, Abfüllen oder Verwerten von Gülle, Jauche, Silagesickersaft, Gärresten oder flüssigem Kompost aus landwirtschaftlicher Herkunft, ausgenommen Hochbehälter, bei denen Undichtigkeiten am Fußpunkt zwischen Behältersohle und aufgehender Wand sofort erkennbar sind und die über ein Leckageerkennungssystem und Sammeleinrichtungen verfügen, wenn der Wasserbehörde
 - a) vor Inbetriebnahme,
 - b) bei bestehenden Anlagen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung sowie
 - c) wiederkehrend alle fünf Jahreein durch einen Sachverständigen geführter Nachweis über die Dichtheit der Sammeleinrichtungen vorgelegt wird,
 6. das Lagern von organischen oder mineralischen Düngemitteln auf unbefestigten Flächen oder auf nicht baugenehmigten Anlagen, ausgenommen das Lagern von Kompost aus dem eigenen Haushalt oder Garten,
 7. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von ortsfesten Anlagen für die Silierung von Pflanzen oder die Lagerung von Silage, ausgenommen
 - a) Anlagen mit dichtem Silagesickersaft-Sammelbehälter, der über ein Leckageerkennungssystem verfügt, und
 - b) Anlagen mit Ableitung in Jauche- oder Güllebehälter,wenn der Wasserbehörde vor Inbetriebnahme, bei bestehenden Anlagen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung, sowie wiederkehrend alle fünf Jahre ein durch einen Sachverständigen geführter Nachweis über die Dichtheit der Behälter und Leitungen vorgelegt wird,
 8. die Silierung von Pflanzen oder Lagerung von Silage außerhalb ortsfester Anlagen, ausgenommen Ballensilage im Wickelverfahren,
 9. das Errichten oder Erweitern von Stallungen oder Unterständen für Tierbestände, ausgenommen für die Kleintierhaltung zur Eigenversorgung,
 10. die Freilandtierhaltung im Sinne der Anlage 1 Nummer 1, wenn die Ernährung der Tiere nicht im Wesentlichen aus der jeweils beweideten Grünlandfläche erfolgt oder wenn die Grasnarbe flächig verletzt wird, ausgenommen Kleintierhaltung für die Eigenversorgung,
 11. die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, außer auf erwerbsgärtnerisch, land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen
 - a) wenn die Zulassungs- und Anwendungsbestimmungen eingehalten werden,
 - b) wenn der Einsatz durch Anwendung der Allgemeinen Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes auf das notwendige Maß beschränkt wird,
 - c) wenn flächenbezogene Aufzeichnungen nach dem Pflanzenschutzgesetz geführt und mindestens sieben Jahre lang nach dem Einsatz aufbewahrt werden (§ 11 Absatz 2 PflSchG),
 - d) wenn ein Abstand von mehr als 10 Metern zu oberirdischen Gewässern eingehalten wird,
 - e) wenn die Anwendung nicht der Bodenentseuchung dient und
 - f) wenn die Anwendung nicht auf Dauergrünland und Grünlandbrachen erfolgt,
 12. die Anwendung von Biozidprodukten, insbesondere aus den Produktarten 8, 14, 18 und 19 des Anhangs V der Verordnung über Biozidprodukte (EU) Nr. 528/2012, wenn ein Eindringen in den Boden oder das Grundwasser nicht ausgeschlossen werden kann, außer auf erwerbsgärtnerisch, land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen
 - a. wenn die Zulassungs- und Anwendungsbestimmungen eingehalten werden,
 - b. wenn der Einsatz auf das notwendige Maß beschränkt wird,
 - c. wenn flächenbezogene Aufzeichnungen über den Einsatz geführt und mindestens sieben Jahre lang nach dem Einsatz aufbewahrt werden,



- d. wenn ein Abstand von mehr als 10 Metern zu oberirdischen Gewässern eingehalten wird,
 - e. wenn die Anwendung nicht der Bodenentseuchung dient und
 - f. wenn die Anwendung nicht auf Dauergrünland und Grünlandbrachen erfolgt,
13. die Beregnung landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzter Flächen, wenn die Beregnungshöhe 20 Millimeter pro Tag oder 60 Millimeter pro Woche überschreitet,
14. das Errichten oder Erweitern von Gartenbaubetrieben oder Kleingartenanlagen, ausgenommen Gartenbaubetriebe, die in geschlossenen Systemen produzieren,
15. die Erstanlage von Baumschulen, forstlichen Pflanzgärten, Weihnachtsbaumkulturen sowie von gewerblichem Wein-, Hopfen-, Gemüse-, Obst- oder Zierpflanzenanbau, ausgenommen Gemüse- und Zierpflanzenanbau unter Glas in geschlossenen Systemen und Containerproduktion von Baumschulprodukten auf versiegelten Flächen,
16. der Umbruch von Dauergrünland oder von Grünlandbrachen,
17. der Umbruch von Dauerbrachen in der Zeit vom 1. Juli bis 1. März, ausgenommen bei nachfolgendem Anbau von Wintertraps,
18. das Anlegen von Schwarzbrache im Sinne der Anlage 1 Nummer 3, soweit dies nicht fruchtfolge- oder witterungsbedingt ausgeschlossen ist,
19. Erstaufforstungen mit Nadelbaumarten oder Robinien,
20. Erdaufschlüsse im Sinne des § 49 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes, selbst wenn das Grundwasser nicht aufgedeckt wird, ausgenommen das Verlegen von Ver- und Entsorgungsleitungen und die Herstellung von Baugruben und Bohrungen,
21. das Errichten, Erweitern oder Erneuern von
- a) Bohrungen, welche die gering leitende Deckschicht über oder unter dem genutzten Grundwasserleiter verletzen können,
 - b) Grundwassermessstellen oder
 - c) Brunnen,
- ausgenommen das Erneuern von Brunnen für Entnahmen mit zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung rechtskräftiger wasserrechtlicher Erlaubnis oder Bewilligung und das Erneuern und Errichten von erlaubnisfreien Brunnen im Sinne § 46 des Wasserhaushaltsgesetzes,
22. das Errichten oder Erweitern von Anlagen mit Erdwärmesonden,
23. das Errichten oder Erweitern von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, ausgenommen
- a) Anlagen der Gefährdungsstufen A und B gemäß § 39 Absatz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und
 - b) oberirdische Anlagen der Gefährdungsstufe C gemäß § 39 Absatz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen,
- wenn diese doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigesystem ausgerüstet sind oder wenn diese mit einem Auffangraum, der das maximal in der Anlage vorhandene Volumen wassergefährdender Stoffe aufnehmen kann, ausgerüstet sind,
24. der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes außerhalb von zugelassenen Anlagen, Vorrichtungen oder Behältnissen, aus denen ein Eindringen in den Boden nicht möglich ist, ausgenommen
- a) der Umgang mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft sowie Dünge- und Pflanzenschutzmitteln im Rahmen ordnungsgemäßer Landwirtschaft entsprechend dieser Verordnung sowie
 - b) der Umgang mit haushaltsüblichen Kleinstmengen,
25. das Einleiten oder Einbringen von wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes in den Untergrund oder in Gewässer,
26. das Errichten oder Erweitern von Rohrleitungsanlagen für wassergefährdende Stoffe, ausgenommen Rohrleitungsanlagen im Sinne des § 62 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes,
27. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von Anlagen zur behälterlosen Lagerung oder Ablagerung von Stoffen im Untergrund,
28. das Behandeln, Lagern oder Ablagern von Abfall, tierischen Nebenprodukten oder bergbaulichen Rückständen, ausgenommen
- a) die vorübergehende Lagerung in dichten Behältern,
 - b) die ordnungsgemäße kurzzeitige Bereitstellung von vor Ort angefallenem Abfall zum Abtransport durch den Entsorgungspflichtigen,
 - c) die Kompostierung von aus dem eigenen Haushalt oder Garten stammenden Pflanzenabfällen,
29. das Ein- oder Aufbringen von Abfällen, bergbaulichen Rückständen oder Ersatzbaustoffen einschließlich Bodenmaterial und Baggergut in oder auf Böden oder deren Einbau in bodennahe technische Bauwerke,
30. das Errichten von Anlagen zum Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes, ausgenommen für medizinische Anwendungen sowie für Mess-, Prüf- und Regeltechnik,
31. das Errichten oder Erweitern von Kraftwerken oder Heizwerken, die der Genehmigungspflicht nach Bundesimmissionsschutzrecht unterliegen, ausgenommen mit Gas, Sonnenenergie oder Windkraft betriebene Anlagen,



32. das Errichten oder Erweitern von Biogasanlagen,
33. das Errichten oder Erweitern von Abwasserbehandlungsanlagen, ausgenommen
 - a) die Sanierung bestehender Abwasserbehandlungsanlagen zugunsten des Gewässerschutzes und
 - b) Abwasservorbehandlungsanlagen wie Fett-, Leichtflüssigkeits- oder Amalgamabscheider,
34. das Errichten, Erweitern, Sanieren oder Betreiben von Abwasserkanälen oder -leitungen, wenn hierbei nicht die allgemein anerkannten Regeln der Technik eingehalten werden,
35. das Errichten von Niederschlagswasser- oder Mischwasserentlastungsbauwerken,
36. das Errichten von Abwassersammelgruben, ausgenommen
 - a) Anlagen mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung des Deutschen Institutes für Bautechnik und
 - b) monolithische Sammelgruben aus Beton, die den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen,
37. das Betreiben oder Unterhalten von Abwassersammelgruben, wenn der Wasserbehörde nicht
 - a) vor Inbetriebnahme,
 - b) bei bestehenden Anlagen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung sowie
 - c) wiederkehrend alle fünf Jahre für Sammelgruben mit DIBt-Zulassung sowie Sammelgruben in monolithischer Bauweise oder alle 3 Jahre für übrige Sammelgruben,ein durch ein unabhängiges fachkundiges Unternehmen geführter Nachweis über die Dichtheit vorgelegt wird,
38. das Errichten, Erweitern, Aufstellen oder Verwenden von Trockentoiletten oder Chemietoiletten, ausgenommen Anlagen mit dichtem Behälter,
39. das Einleiten von Abwasser – mit Ausnahme von Niederschlagswasserabflüssen gering belasteter Herkunftsflächen im Sinne der Anlage 1 Nummer 4 – in oberirdische Gewässer, sofern die Einleitung nicht schon zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung wasserrechtlich zugelassen war,
40. das Ausbringen von Schmutzwasser im Sinne des § 54 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder des § 54 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes,
41. das Einleiten oder Versickern von Schmutzwasser im Sinne des § 54 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder des § 54 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in den Untergrund oder in das Grundwasser,
42. das Einleiten oder Versickern von Niederschlagswasser im Sinne des § 54 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in den Untergrund oder in das Grundwasser, ausgenommen
 - a) das breitflächige Versickern von Niederschlagswasserabflüssen von gering belasteten Herkunftsflächen im Sinne der Anlage 1 Nummer 4 über die belebte Bodenzone einer ausreichend mächtigen und bewachsenen Oberbodenschicht gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik oder
 - b) mit wasserrechtlicher Erlaubnis,sofern die Versickerung außerhalb von Altlasten, Altlastenverdachtsflächen oder Flächen mit schädlichen Bodenveränderungen und nur auf Flächen mit einem zu erwartenden Flurabstand des Grundwassers von 100 Zentimetern oder größer erfolgt,
43. das Anwenden von Auftaumitteln auf Straßen, Wegen oder sonstigen Verkehrsflächen, ausgenommen
 - a) auf Bundesautobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sowie
 - b) bei Extremwetterlagen wie Eisregen,
44. das Errichten sowie der Um- oder Ausbau von Straßen oder Wegen, wenn hierbei nicht die allgemein anerkannten Regeln der Technik für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten eingehalten werden,
45. das Errichten oder Erweitern von Bahnhöfen oder Schienenwegen der Eisenbahn, ausgenommen Baumaßnahmen an vorhandenen Anlagen zur Anpassung an den Stand der Technik und zum Erhalt oder zur Verbesserung der Verkehrssicherheit,
46. das Verwenden von Baustoffen, Böden oder anderen Materialien, die auslaug- und auswaschbare wassergefährdende Stoffe enthalten (zum Beispiel Schlacke, Bauschutt, Teer, Imprägniermittel), für Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen, zum Beispiel im Straßen-, Wege-, Deich-, Wasser-, Landschafts- oder Tiefbau,
47. das Einrichten oder Betreiben von öffentlichen Freibädern oder Zeltplätzen sowie Camping aller Art, ausgenommen
 - a) Einrichtungen mit ordnungsgemäßer Abfall- und Abwasserentsorgung und
 - b) das Zelten von Fuß-, Rad-, Reit- und Wasserwanderern abseits von Zelt- und Campingplätzen für eine Nacht,
48. das Einrichten, Erweitern oder Betreiben von Sportanlagen, ausgenommen Anlagen mit ordnungsgemäßer Abfall- und Abwasserentsorgung,
49. das Errichten von Motorsportanlagen,
50. das Errichten von Schießständen oder Schießplätzen für Feuerwaffen, ausgenommen Schießstände in geschlossenen Räumen,
51. das Errichten von Golfanlagen,
52. das Abhalten oder Durchführen von Märkten, Volksfesten oder Großveranstaltungen außerhalb dafür vorgesehener Anlagen,
53. das Durchführen von Motorsportveranstaltungen, ausgenommen das Durchfahren auf klassifizierten Straßen,
54. Bestattungen,
55. das Errichten von Flugplätzen im Sinne des § 6 Absatz 1 Satz 1 des Luftverkehrsgesetzes,
56. das Starten oder Landen motorgetriebener Luftfahrzeuge, mit Ausnahme in Fällen des § 25 Absatz 2 des Luftverkehrsgesetzes,
57. das Errichten von militärischen Anlagen, Standort- oder Truppenübungsplätzen,



58. das Durchführen von militärischen Übungen, ausgenommen das Durchfahren auf klassifizierten Straßen,
59. Bergbau einschließlich der Aufsuchung oder Gewinnung von Erdöl oder Erdgas, ausgenommen im Geltungsbereich der bei Inkrafttreten dieser Verordnung rechtskräftigen bergrechtlichen Betriebspläne und soweit hierdurch keine nachteiligen Veränderungen von Gewässereigenschaften zu besorgen sind,
60. das Durchführen von Sprengungen, sofern die Gefahr besteht, dass dabei das Grundwasser aufgedeckt wird,
61. die Neuausweisung oder Erweiterung von Industriegebieten,
62. die Darstellung von neuen Bauflächen oder Baugebieten im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung, wenn darin eine Neubebauung bisher unbebauter Gebiete vorgesehen wird,
63. die Festsetzung von neuen Baugebieten im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung, ausgenommen
 - a) Gebiete, die im zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung gültigen Flächennutzungsplan als Bauflächen oder Baugebiete dargestellt sind, und
 - b) die Überplanung von Bestandsgebieten, wenn dies zu keiner wesentlichen Erhöhung der zulässigen Grundfläche im Sinne des § 19 Absatz 2 der Baunutzungsverordnung führt.

§ 4

Schutz der Zone II

Die Verbote der Zone III gelten auch in der Zone II. In der Zone II sind außerdem verboten:

1. das Düngen mit Gülle, Jauche, Festmist, Gärresten, Wirtschaftsdüngern aus pflanzlichen Stoffen, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten, Pflanzenhilfsmitteln, gütegesicherten Grünabfall- oder Bioabfallkomposten, Abfällen aus der Herstellung oder Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder sonstigen organischen Düngern sowie die Anwendung von Silagesickersaft,
2. das Errichten oder Betreiben von Dunglagerstätten,
3. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von Anlagen zum Lagern, Abfüllen oder Verwerten von Gülle, Jauche, Silagesickersaft, Gärresten oder flüssigem Kompost,
4. die Silierung von Pflanzen oder Lagerung von Silage,
5. die Freilandtierhaltung im Sinne der Anlage 1 Nummer 2, ausgenommen Kleintierhaltung für die Eigenversorgung, sofern diese bereits bei Inkrafttreten dieser Verordnung ausgeübt wurde,
6. die Beweidung,
7. die Anwendung von Biozidprodukten außerhalb geschlossener Gebäude oder von Pflanzenschutzmitteln,
8. die Beregnung landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzter Flächen,
9. das Errichten oder Erneuern von Dränungen oder Entwässerungsgräben,
10. das Vergraben, Lagern oder Ablagern von Tierkörpern oder Teilen davon,
11. das Errichten oder Betreiben von Wildfütterungen, Kurrungen oder Luderplätzen,
12. das Errichten oder Betreiben von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes,
13. der Einsatz von mineralischen Schmierstoffen zur Verlustschmierung oder von mineralischen Schalölen,
14. der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, ausgenommen haushaltsübliche Kleinstmengen,
15. das Befahren mit Fahrzeugen mit wassergefährdender Ladung, nachdem die Anordnung des entsprechenden Vorschriftzeichens 269 durch die Straßenverkehrsbehörde erfolgte,
16. das Errichten von Transformatoren oder Stromleitungen mit flüssigen wassergefährdenden Kühl- oder Isoliermitteln,
17. das Behandeln, Lagern oder Ablagern von Abfall, bergbaulichen Rückständen oder tierischen Nebenprodukten, ausgenommen
 - a) die ordnungsgemäße kurzzeitige Bereitstellung von in der Zone II angefallenem Abfall zum Abtransport durch den Entsorgungspflichtigen und
 - b) die Kompostierung von aus dem eigenen Haushalt oder Garten stammenden Pflanzenabfällen,
18. der Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes,
19. das Errichten, Erweitern, Sanieren oder Betreiben von Abwasserkanälen oder -leitungen, ausgenommen Anlagen, die zur Entsorgung vorhandener Bebauung dienen und wenn die allgemein anerkannten Regeln der Technik eingehalten werden,
20. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von Abwassersammelgruben,
21. das Errichten, Erweitern, Aufstellen oder Verwenden von Trockentoiletten oder Chemietoiletten,
22. das Einleiten oder Versickern von Niederschlagswasser im Sinne des § 54 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in den Untergrund oder in das Grundwasser, ausgenommen das breitflächige Versickern von Niederschlagswasserabflüssen gering belasteter Herkunftsflächen im Sinne der Anlage 1 Nummer 4 über die belebte Bodenzone einer mindestens 20 Zentimeter mächtigen und bewachsenen Oberbodenschicht,
23. das Errichten oder Erweitern sowie der Um- oder Ausbau von Straßen, Wegen oder sonstigen Verkehrsflächen, ausgenommen
 - a) Baumaßnahmen an vorhandenen Straßen zur Anpassung an den Stand der Technik und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit unter Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten sowie,



- b) der Um- und Ausbau von Geh- oder Radwegen mit breitflächiger Versickerung der Niederschlagswasserabflüsse über die belebte Bodenzone einer mindestens 20 cm mächtigen und bewachsenen Oberbodenschicht,
24. das Errichten oder Betreiben von öffentlichen Freibädern oder Zeltplätzen sowie Camping aller Art,
 25. das Errichten oder Betreiben von Sportanlagen,
 26. das Abhalten oder Durchführen von Sportveranstaltungen, Märkten, Volksfesten oder Großveranstaltungen,
 27. das Errichten oder Erweitern von Baustelleneinrichtungen oder Baustofflagern,
 28. das Durchführen von Bohrungen, ausgenommen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für das Grundwasser unter Beachtung der Sicherheitsvorkehrungen zum Grundwasserschutz,
 29. das Durchführen von unterirdischen Sprengungen,
 30. das Errichten oder Erweitern von baulichen Anlagen, ausgenommen Veränderungen in Gebäuden und Instandhaltungsmaßnahmen.

§ 5

Schutz der Zone I

Die Verbote der Zonen III und II gelten auch in der Zone I. In der Zone I sind außerdem verboten:

1. das Betreten oder Befahren,
2. landwirtschaft-, forstwirtschaft- oder gartenbauliche Nutzung,
3. Veränderungen oder Aufschlüsse der Erdoberfläche.

§ 6

Maßnahmen zur Wassergewinnung und -verteilung

Die Verbote des § 3 Nummer 22, 41 bis 43, des § 4 Nummer 14, 18, 27 bis 30 sowie des § 5 Nummer 1 und 3 gelten nicht für Maßnahmen zur Wassergewinnung und -verteilung aus der Wasserfassung, die durch diese Verordnung geschützt ist.

§ 7

Widerruf von Befreiungen

- (1) Befreiungen nach § 52 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes sind widerruflich und bedürfen der Schriftform. Abweichend von Satz 1 ist eine Befreiung von den Verboten gemäß § 3 Nummer 62, 63 und 64 nicht widerruflich.
- (2) Im Fall des Widerrufs einer Befreiung kann die untere Wasserbehörde vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung, erfordert.

§ 8

Sicherung und Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes

- (1) Die Zone I ist vom Begünstigten auf Anordnung der unteren Wasserbehörde gegen unbefugtes Betreten, zum Beispiel durch eine Umzäunung, zu sichern.
- (2) Der Begünstigte hat auf Anordnung der unteren Wasserbehörde zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes im Bereich öffentlicher Verkehrsflächen bei der Straßenverkehrsbehörde die Anordnung des Richtzeichens 354 und des Vorschriftzeichens 269 zu beantragen und im Bereich nichtöffentlicher Flächen in Abstimmung mit der Gemeinde nichtamtliche Hinweiszeichen aufzustellen.

§ 9

Duldungspflichten

- (1) Die Eigentümer oder Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet haben die Überwachung des Wasserschutzgebietes, insbesondere hinsichtlich der Beachtung dieser Verordnung und der nach ihr getroffenen Anordnungen, sowie das Beobachten der Gewässer und des Bodens durch die zuständigen Wasserbehörden, den Begünstigten oder deren Beauftragte zu dulden.
- (2) Die Eigentümer oder Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet sind auf Anordnung der unteren Wasserbehörde verpflichtet,
 1. das Errichten und Unterhalten von Einrichtungen zur Sicherung der Zone I gegen unbefugtes Betreten,
 2. das Aufstellen, Unterhalten und Beseitigen von Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotsschildern,
 3. das Betreten und Befahren der Grundstücke durch Mitarbeiter der zuständigen Behörden, den Begünstigten oder deren Beauftragte zum Beobachten, Messen und Untersuchen des Grundwassers und zur Entnahme von Boden- und Vegetationsproben sowie
 4. das Anlegen und Betreiben von Grundwassermessstellen zu dulden. Die Anordnung erfolgt durch schriftlichen Bescheid gegenüber den betroffenen Eigentümern oder Nutzungsberechtigten. Soweit bergrechtliche Belange berührt sind, ergeht die Entscheidung im Benehmen mit der zuständigen Bergbehörde.



- (3) Auf Verlangen der unteren Wasserbehörde ist Einsicht in die Aufzeichnungen nach § 3 Nr. 1 Buchstabe c, Nummer 11 Buchstabe c und Nummer 12 Buchstabe c zu gewähren oder diese unverzüglich vorzulegen.

§ 10

Übergangsregelung

- (1) Für bei Inkrafttreten dieser Verordnung errichtete und betriebene Anlagen gilt das Verbot des Betriebens gemäß § 3 Nummer 3 bis 5 und Nummer 7 nach einem Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung.
- (2) Für bei Inkrafttreten dieser Verordnung bestehende Einleitungen oder Versickerungen von Niederschlagswasserabflüssen von mittel oder hoch belasteten Herkunftsflächen in den Untergrund ohne wasserrechtliche Erlaubnis gilt das Verbot des § 3 Nr. 42 nach einem Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung.

§ 11

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 103 Absatz 1 Nummer 7a des Wasserhaushaltsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach den §§ 3, 4 oder 5 verbotene Handlung ohne eine Befreiung gemäß § 52 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes vornimmt, ausgenommen das Verbot nach § 4 Nummer 15.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro geahndet werden.

§ 12

Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften

Eine Verletzung der in § 16 Absatz 1 und 3 des Brandenburgischen Wassergesetzes genannten Verfahrens- und Formvorschriften ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Angabe der verletzten Rechtsvorschrift und des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Rechtsverordnung gegenüber dem Ordnungsgeber geltend gemacht worden ist. Mängel im Abwägungsvorgang sind nur dann beachtlich, wenn sie offensichtlich und auf das Abwägungsergebnis von Einfluss gewesen sind und die Mängel in der Abwägung innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten der Rechtsverordnung unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen geltend gemacht worden sind.

§ 13

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt das mit Beschluss Nummer 244/78 vom 15.06.1978 des Rates des Kreises Neuruppin festgesetzte Trinkwasserschutzgebiet Dabergotz außer Kraft.

Neuruppin, den 30.06.2022

Ralf Reinhardt
Landrat



Anlage 1

Begriffsbestimmungen

1. Umrechnungsschlüssel für Großvieheinheiten

Tierart	Großvieheinheiten
Kälber (außer Mastkälber) und Jungvieh unter 6 Monaten	0,300
Mastkälber	0,400
Rinder von 6 Monaten bis 2 Jahren	0,600
Rinder von mehr als 2 Jahren	1,000
Equiden unter 6 Monaten (Pferde, Esel, Ponys)	0,500
Equiden von mehr als 6 Monaten	1,000
Mutterschafe	0,150
Schafe (außer Mutterschafe) von mehr als 1 Jahr	0,100
Ziegen	0,150
Ferkel	0,020
Mastschweine - bei Betrachtung der gesamten Mastdauer - bei zweistufiger Betrachtung:	0,130
= Läufer (20 bis 50 kg)	0,060
= sonstige Mastschweine (über 50 kg)	0,160
Zuchtschweine	0,300
Geflügel	0,004
Damwild bis zu 18 Monaten	0,050
Damwild über 18 Monaten	0,110
Rotwild bis zu 18 Monaten	0,100
Rotwild über 18 Monate	0,220
Lama	0,300
Laufvögel (z.B. Strauße)	0,24
Mutteralpaka	0,15

2. „Freilandtierhaltung“ liegt vor, wenn Nutztiere im Freien gehalten werden.
3. Schwarzbrache ist gepflügter Ackerboden ohne Einsaat einer nachfolgenden Zwischen- oder Hauptfrucht.
4. Als Dauerbrache dient eine dauerhaft stillgelegte Fläche, auf der keine landwirtschaftliche Produktion mehr stattfindet.
5. Niederschlagswasserabflüsse gering belasteter Herkunftsflächen stammen zum Beispiel von:
 - Gründächern, Wiesen oder Kulturland mit möglichem Niederschlagsabfluss in das Entwässerungssystem,
 - Dachflächen mit keinen oder nur geringen Anteilen aus unbeschichteten Metallen (Kupfer, Zink, Blei),
 - Terrassenflächen in Wohngebieten oder mit diesen vergleichbaren Gewerbegebieten,

Landkreis Ostprignitz-Ruppin - Der Landrat

Öffentliche Bekanntmachung vom 30.07.2022



- Rad- oder Gehwegen in Wohngebieten oder außerhalb des Spritz- und Sprühfahnenbereiches von Straßen (Abstand über 3 Meter),
- Hofflächen oder PKW-Parkplätzen in Wohngebieten oder mit diesen vergleichbaren Gewerbegebieten,
- wenig befahrenen Verkehrsflächen (bis zu 2 000 Kraftfahrzeuge in 24 Stunden), wie Anlieger- oder Erschließungsstraßen in Wohngebieten oder mit diesen vergleichbaren Gewerbegebieten sowie verkehrsberuhigten Bereichen.



Anlage 2

(zu § 2 Absatz 1)

Abgrenzung der Schutzzonen

1. Vorbemerkung

Das Wasserwerk Dabergotz mit seinen Wasserfassungen wird vom Zweckverband Wasser/Abwasser Fehrbellin-Ternitz betrieben und befindet sich nördlich der Ortslage Dabergotz.

Hinweis: Alle in der Anlage 2 genannten Nord- und Ostwerte sind UTM-Koordinaten im System ETRS 89 Zone 33.

2. Fassungsbereich (Zone I)

Die Grenzen der Zonen I verlaufen als Kreise mit einem Radius von 10 m um die Brunnenstandorte als Mittelpunkte.

Das Flurstück 2/1 der Flur 2 der Gemarkung Dabergotz wird von den Zonen I teilweise erfasst.

In der folgenden Tabelle werden die Brunnen aufgeführt, die die Ausgangspunkte der vorstehenden Beschreibung der Zonen I bilden.

Brunnen-Nummer	Ost-Wert (m)	Nord-Wert (m)
1	346649,963	5864550,641
2	346610,632	5864586,987
3	346625,763	5864607,740

3. Engere Schutzzone (Zone II)

Die inneren Grenzen der Zone II verlaufen entlang der Grenzen der Zonen I.

Folgende Flurstücke der Gemarkung Dabergotz liegen vollständig oder teilweise (tw.) in der Schutzzone II:

Flur 1: 351 (tw.)

Flur 2: 10 (tw.) 3/5 (tw.), 58 (tw.), 2/1, 2/3 (tw.), 184 (tw.), 187 (tw.), 22/12, 22/11, 22/13 (tw.)

Die Beschreibung der äußeren Grenze der Zone II erfolgt im Uhrzeigersinn und beginnt in der Bahnhofstraße an der südöstlichen Ecke des Flurstückes 22/11 Flur 2. Beginnend an diesem Punkt verläuft die äußere Grenze der Schutzzone II im rechten Winkel entlang einer gedachten Geraden über das Flurstück 10, Flur 2 (Bahnhofstraße) bis zum Schnittpunkt dieser Geraden mit der nordöstlichen Grenze des Flurstückes 2/1, Flur 2, von dort ca. 46 m östlich entlang der nördlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 2/1 und 3/5, Flur 2, von dort im rechten Winkel ca. 95 m entlang einer gedachten Geraden über die Flurstücke 3/5, Flur 2 und 351, Flur 1 bis zum Schnittpunkt dieser Geraden mit der südlichen Flurstücksgrenze des Flurstückes 351 (Landwehrgraben), von dort ca. 150 m westlich entlang dieser Flurstücksgrenze, von dort parallel zur westlichen Flurstücksgrenze des Flurstückes 2/1, Flur 2 ca. 90 m entlang einer gedachten Geraden über die Flurstücke 351, Flur 1 und 58, 2/3 und 10, Flur 2 bis zum Schnittpunkt dieser Geraden mit der nördlichen Flurstücksgrenze des Flurstückes 10, Flur 1 (Bahnhofstraße), von dort ca. 15 m östlich entlang dieser Flurstücksgrenze, von dort im rechten Winkel ca. 25 m entlang einer gedachten Geraden über das Flurstück 184 Flur 2, von dort parallel zur südwestlichen Grenze dieses Flurstückes ca. 80 m entlang einer gedachten Geraden über die Flurstücke 184, 187 und 22/13, Flur 2 bis zur östlichen Ecke des Flurstückes 22/11, Flur 2, von dort entlang der östlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes bis zu seiner südlichen Ecke, dem Ausgangspunkt der Beschreibung.

4. Weitere Schutzzone Zone III

Die Zone III befindet sich in den Fluren 1, 2 und 3 der Gemarkung (Gem.) Dabergotz sowie Flur 1 der Gemarkung Kränzlin.

Die innere Grenze der Zone III verläuft entlang der Grenze der Zone II.

Die Beschreibung der äußeren Grenze der Zone III erfolgt im Uhrzeigersinn und beginnt an der südöstlichen Ecke des Flurstückes 15, Flur 2 Gem. Dabergotz. Beginnend an diesem Punkt verläuft die Grenze der Schutzzone III entlang einer gedachten Geraden über das Flurstück 10, Flur 2 (Bahnhofstraße) bis an die nordöstliche Ecke des Flurstückes 4, Flur 2, von dort entlang der nördlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes bis zur östlichen Ecke des Flurstückes 3/2, Flur 2, von dort entlang der östlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 3/2 und 3/4, Flur 2 bis zur südlichen Grenze des Flurstückes 3/4, von dort ca. 90 m entlang der südlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 3/4, 3/3, und 3/5, Flur 2, von dort im rechten Winkel entlang einer gedachten Geraden über das Flurstück 351, Flur 1, Gem. Dabergotz (Landwehrgraben) bis zur östlichen Ecke des Flurstückes 227, Flur 1, Gem. Dabergotz, von dort ca. 10 m entlang der östlichen Grenze dieses Flurstückes, von dort im rechten Winkel entlang einer gedachten Geraden über die Flurstücke 227 und 228, Flur 1, Gem. Dabergotz bis zum Schnittpunkt dieser Geraden mit der westlichen Grenze des Flurstückes 228, von dort ca. 35 m nördlich entlang dieser Flurstücksgrenze, von dort im rechten Winkel entlang einer gedachten Geraden über die Flurstücke 229 und 230, Flur 1, Gem. Dabergotz bis zum Schnittpunkt dieser Geraden mit der westlichen Grenze des Flurstückes 230, von dort entlang dieser Flurstücksgrenze bis zu seiner nordwestlichen Ecke, von dort ca. 110 m entlang einer gedachten Geraden über die Flurstücke 351, Flur 1, Gem. Dabergotz und 58, 2/3, 10 und 184, Flur 2, Gem. Dabergotz bis zur südlichsten Ecke des Flurstückes 85, Flur 2 an der Bahnhofstraße, von dort entlang der südwestlichen, und westlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes und weiter entlang der westlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 177 und 176 Flur 2, Gem. Dabergotz bis zur südwestlichen Ecke des Flurstückes 178, Flur 2, von dort entlang der nordwestlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 178, 180, 182, 142, Flur 2 bis zur nördlichen Ecke des Flurstückes 142, Flur 2, von dort entlang der südwestlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 163 und 158, Flur 2 bis zur nordwestlichen Ecke des Flurstückes 158, Flur 2, von dort entlang der nördlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes bis zu seiner nordöstlichen Ecke, von dort entlang einer gedachten Geraden über das Flurstück 32/1, Flur 2, bis zur südöstlichen Ecke des Flurstückes 161, Flur 2, von dort entlang der östlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes bis zu seiner nördlichen Ecke, von dort entlang der westlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 120 und 117, Flur 1, Gem. Kränzlin bis zur westlichen Ecke des Flurstückes 117, Flur 1, von dort entlang der nördlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes bis zur südlichen Ecke des Flurstückes 80, Flur 1, Gem. Kränzlin, von dort entlang einer gedachten Geraden über dieses



Flurstück, bis zur westlichen Ecke des Flurstückes 82, Flur 1, Gem. Kränzlin, von dort entlang der nordwestlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 82 und 84, Flur 1, Gem. Kränzlin bis zur nördlichen Ecke des Flurstückes 84, von dort entlang der westlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 100 und 97, Flur 1, Gem. Kränzlin bis zur westlichen Ecke des Flurstückes 97, Flur 1, von dort entlang der nordwestlichen Flurstücksgrenze des Flurstückes 97 bis zu seiner nordöstlichen Ecke, von dort entlang einer gedachten Geraden bis zur südwestlichen Ecke des Flurstückes 27, Flur 1 Gemarkung Kränzlin, bis zur nördlichen Ecke dieses Flurstückes, von dort entlang seiner nördlichen Flurstücksgrenze bis zu seiner östlichen Ecke, von dort ca. 110 m entlang der westlichen Flurstücksgrenze des Flurstückes 101, Flur 1, Gem. Kränzlin, von dort im rechten Winkel entlang einer gedachten Geraden über dieses Flurstück bis zur nördlichen Ecke des Flurstückes 48/3, Flur 1, Gem. Kränzlin, von dort ca. 245 m entlang der nördlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes, von dort im rechten Winkel entlang einer gedachten Geraden über dieses Flurstück bis zum Schnittpunkt dieser Geraden mit der nördlichen Flurstücksgrenze des Flurstückes 47/3, Flur 1, Gem. Kränzlin, von dort ca. 72 m östlich entlang der nördlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes, von dort im rechten Winkel entlang einer gedachten Geraden über dieses Flurstück bis zum Schnittpunkt dieser Geraden mit der nördlichen Flurstücksgrenze des Flurstückes 47/1, Flur 1, Gem. Kränzlin, von dort ca. 35 m nordöstlich entlang der nordwestlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes, von dort im rechten Winkel entlang einer gedachten Geraden über die Flurstücke 47/1 und 43/3, Flur 1, Gem. Kränzlin und Flurstücke 44/1 und 116, Flur 2, Gem. Dabergotz bis zur nördlichen Ecke des Flurstückes 20, Flur 3, Gem. Dabergotz, von dort entlang der nordöstlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes bis zu seiner östlichen Ecke, von dort ca. 190 m entlang seiner südöstlichen Flurstücksgrenze, von dort im rechten Winkel entlang einer gedachten Geraden über das Flurstück 23/8, Flur 3 bis zur nördlichen Ecke des Flurstückes 104, Flur 3, von dort ca. 75 m entlang der nördlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes, von dort im rechten Winkel entlang einer gedachten Geraden über die Flurstücke 104, 36/2 und 37/3, Flur 3 bis zur nordöstlichen Ecke des Flurstückes 109, Flur 3, von dort entlang der östlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 109 und 112, Flur 3 bis zur südlichen Ecke des Flurstückes 112, Flur 3 (an der Autobahn A 24), von dort entlang einer gedachten Geraden über das Flurstück 165 bis zur südöstlichen Ecke des Flurstückes 111, Flur 3, von dort entlang der südlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes bis zu seiner westlichen Ecke, von dort im rechten Winkel entlang einer gedachten Geraden über das Flurstück 23/7, Flur 3, bis zum Schnittpunkt dieser Geraden mit der östlichen Flurstücksgrenze des Flurstückes 157, Flur 2, Gemarkung Dabergotz, von dort entlang der östlichen und südlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes bis zur nordöstlichen Ecke des Flurstückes 133, Flur 2, von dort entlang einer gedachten Geraden über die Flurstücke 133, 132 und 134, Flur 2 bis zur nordöstlichen Ecke des Flurstückes 50, Flur 2, von dort ca. 11 m entlang seiner östlichen Flurstücksgrenze, von dort im rechten Winkel entlang einer gedachten Geraden über die Flurstücke 50 und 49 Flur 2 bis zum Schnittpunkt dieser Geraden mit der westlichen Flurstücksgrenze des Flurstückes 49 Flur 2, von dort ca. 25 m südlich entlang der westlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes, von dort im rechten Winkel entlang einer gedachten Geraden über das Flurstück 154, Flur 2 bis zum Schnittpunkt dieser Geraden mit der östlichen Flurstücksgrenze des Flurstückes 12/1 Flur 2, von dort entlang der östlichen und südlichen Flurstücksgrenze dieses Flurstückes bis zu seiner südwestlichen Ecke, von dort entlang der südöstlichen und südwestlichen Flurstücksgrenze des Flurstückes 13, Flur 2 bis zur südlichen Ecke des Flurstückes 15, Flur 2, Gem. Dabergotz; dem Ausgangspunkt der Beschreibung.